

**ORGANISATIONSENTWICKLUNG**

# Startschuss ist erfolgt!

**In der Juni-Ausgabe hatten wir versprochen, uns dem Thema Organisations- und Personalentwicklung zu widmen. Dieser Artikel soll als „Einstieg“ in die Thematik dienen. Weitere Informationen werden sicherlich im Laufe des Jahres folgen.**

Zunächst wollen wir die Aussagen unseres Innenministers Stephan Toscani auf dem Landesdelegiertentag zu diesem Thema wiedergeben, wir werden die hochinteressanten Ausführungen von Harald Jenal zusammenfassen. Außerdem gab es zwei Anträge im saarländischen Landtag zu der Thematik, die wir auch kurz darstellen wollen.

### Aussagen Stephan Toscanis

Innenminister Toscani machte auf dem Landesdelegiertentag 2010 in der Stadthalle Lebach folgende Ausführungen zur Organisation bzw. deren Weiterentwicklung:

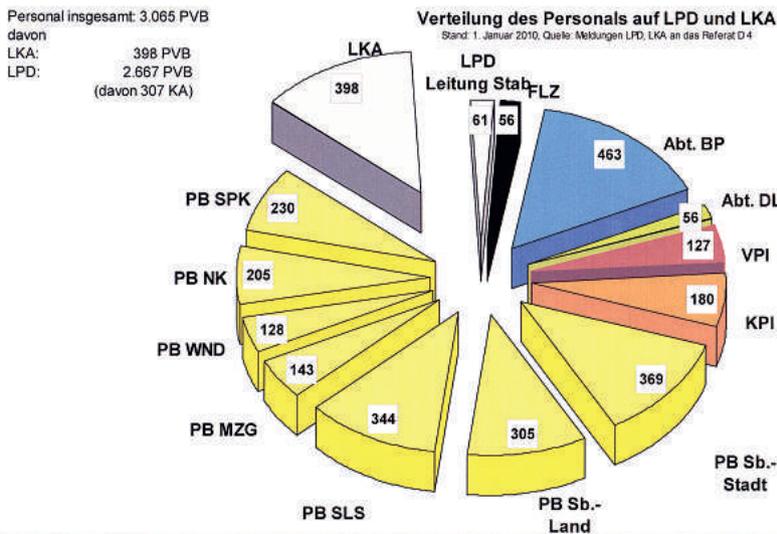
„Die CDU-geführte Landesregierung hat unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt im Jahr 1999 eine moderne und bürgernahe Polizeiorganisation initiiert. Die im Jahre 2001 so geschaffene Polizeiorganisation wurde in den vergangenen Jahren mehrfach den aktuellen Anforderungen an die Aufgabenerfüllung angepasst, z. B. im Jahr 2006 durch Einrichtung einer eigenen Abteilung Polizeilicher Staatsschutz im Landeskriminalamt.

In den letzten Jahren gab es mehrere Evaluationen zur Organisationsentwicklung. Wir werden auf diesen Berichten als Grundlage aufbauen. Mein Ziel als In-

nenminister und Ziel der Landesregierung ist es, unsere Polizeiorganisation weiterzuentwickeln. Ziel der Landesregierung ist es, unsere Polizeiorganisation fortzuentwickeln. Es geht nicht um grundlegende Reformen. Es geht um Fortentwicklung. Wir werden die Fortentwicklung der Organisation jetzt anpacken. Viele Gespräche mit der Führung der Polizei, Gewerkschaftsvertre-

ter und Ziel der Landesregierung ist es, unsere Polizeiorganisation fortzuentwickeln. Sie weiß am besten, wo der Schuh drückt. Unsere Polizei hat exzellente Leute, auf die wir stolz sind. Ich will, dass die Expertengruppe mir gegen Ende des Jahres ihre Ergebnisse vorlegt.

Danach werden die Vorschläge in der Polizei und öffentlich diskutiert. Ich lege



15. April 2010

Harald Jenal MfE, Referat D 5

4

tern und Kollegen bestärken mich darin, dass wir dieses Projekt jetzt angehen. Es gibt den breiten Wunsch zur Fortentwicklung. Das bestärkt mich in diesem Vorhaben. In den Fokus stelle ich dabei die Zeit bis 2020. Auch im Hinblick auf verlässliche und nachhaltige Personalentwicklung für das nächste Jahrzehnt.

- Dabei gibt es für uns zwei Leitplanken:
- Erhaltung der Polizeipräsenz in der Fläche
  - einen bedarfsorientierten Personalansatz in den Dienststellen
- Wie gehen wir vor?

Ich habe die Polizeiabteilung meines Hauses beauftragt, die notwendigen Daten zu aktualisieren. Zur Mitte des Jahres werde ich eine Expertengruppe berufen. Sie soll Vorschläge für die Fortentwicklung der Organisation erarbeiten. Ich le-

ge Wert darauf, dass die Kolleginnen und Kollegen sowie die Berufs- und Personalvertretungen sich beteiligen und Stellung beziehen können.

Ich lade auch ausdrücklich die Opposition zur konstruktiven Mitarbeit ein. Gestern konnte man in der Saarbrücker Zeitung bereits Vorschläge einer Oppositionspartei lesen. Ich kommentiere diese Vorschläge zum jetzigen Zeitpunkt bewusst nicht.

Denn es ist nicht meine Art, den Expertengruppen und den Anregungen der Kolleginnen und Kollegen vorzugreifen und damit den Raum für gute Lösungen einzuengen.

Unter Berücksichtigung des Diskussionsprozesses werden wir dann im Jahr

Fortsetzung auf Seite 2



Stephan Toscani auf dem LDT 2010



Fortsetzung von Seite 1

2011 mit der Umsetzung beginnen. Eines sage ich aber auch: Damit wir die Organisation fortentwickeln können, ist Grundvoraussetzung, dass die Führungs- und Lagezentrale voll funktionsfähig ist.

Es geht um eine optimale Nutzung von Potenzialen, die sich durch die neue Führungs- und Lagezentrale ergeben. Belastbare Aussagen dazu können wir allerdings erst nach praktischen Erfahrungen im Wirkbetrieb machen.“

Diese durchaus klare politische Zielvorgabe, dieser eindeutige Fahrplan bezüglich der Organisationsentwicklung wurde anschließend ergänzt durch die Ausführungen von Harald Jenal.

**Historie**

Harald erläuterte nochmals die Historie der derzeitigen Organisation, begin-

**REDAKTIONSSCHLUSS**

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe unseres Landesteils ist der **9. Juli 2010**.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

**Geschäftsstelle:**  
Kaiserstraße 258  
66133 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 84 12 410  
Telefax (06 81) 84 12 415  
Homepage: [www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)  
E-Mail: [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)  
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis  
Alte-Brauerei-Straße 3  
66740 Saarlouis  
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39  
E-Mail: [dirk.schnubel@superkabel.de](mailto:dirk.schnubel@superkabel.de)

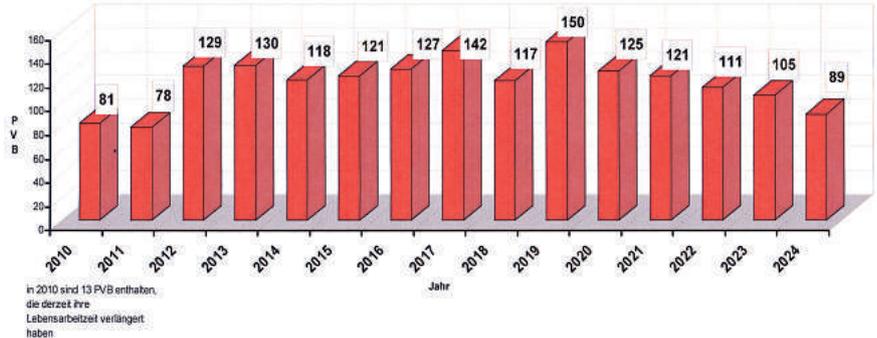
**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

**Reguläre Ruhestandsversetzungen 2010 bis 2024**

Stand: März 2010, Annahme: Pensionseintrittsalter: 60 Jahre



15. April 2010

Harald Jenal MfE, Referat D 5

5

end im Jahr 2001. Für die Organisationsreform 2001 wurde ein Personalbedarf von 2900 PVB zuzüglich 300 PVB in Ausbildung formuliert, wengleich auch nirgends festgeschrieben.

Zum Vergleich der Stand 1. 1. 2010: LPD (2360 PVB) und LKA 398 (PVB) verfügen zusammen über 2758 PVB – hinzukommen 307 KA: also insgesamt 3065 PVB. Dies bedeutet gegenüber dem 2001 formulierten Personalbedarf ein Minus von 135 insgesamt, in der sogenannten Operative sogar ein Minus von 142 (2900 minus 2758).

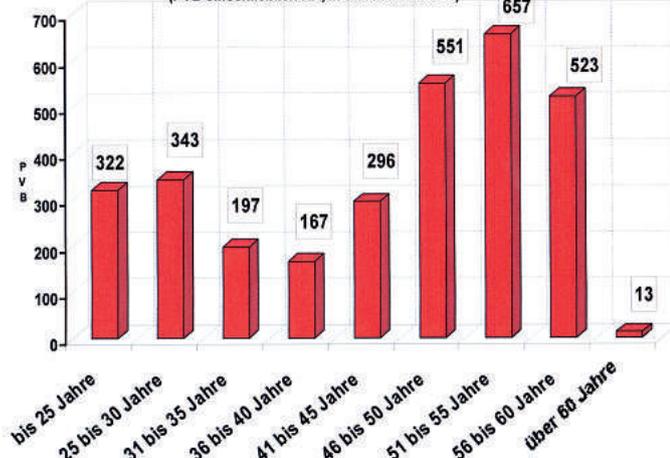
Vor dem Hintergrund einer konstant hohen PKS-Zahl (ca. 10000 Straftaten mehr als in den 90er Jahren) und ständig hinzukommender neuer Aufgabefelder

(islamistischer Terrorismus, häusliche Gewalt, IT-Kriminalität, Unfallaufnahme pp.) kann man sich unschwer vorstellen, dass der derzeitige Personalkörper die ihm gestellten Aufgaben nur noch unter größten Anstrengungen erledigen kann.

Aufgrund der Regierungserklärung von Ministerpräsident Peter Müller am 3. 11. 2004, in der er angekündigt hatte „die Aufbauorganisation der Polizei mit dem Ziel weiterzuentwickeln, die sichtbare Präsenz in der Fläche zu erhöhen, interne Abläufe zu optimieren und die Qualität der Arbeit zu verbessern“, hatte sich im Auftrag der damaligen Innenministerin die „AG 2000plus neu“ konstituiert. Im Mai 2006 wurde der Bericht von

**Altersgruppen der saarländischen Vollzugspolizei März 2010**

(PVB einschließlich KA, in 5-Jahresblöcken)



15. April 2010

Harald Jenal MfE, Referat D 5

12



ORGANISATIONSENTWICKLUNG

LPD und LKA dem Ministerium vorgelegt. In der Folge wurde die abteilungsinterne Arbeitsgruppe Polizeiorganisation (AG POG), Leiter Harald Jenal, eingerichtet mit dem Auftrag, die in dem Bericht „AG 2000plus neu“ aufgezeigten Handlungsfelder auszuwerten und daraus zu folgernde, fachlich geeignete Entscheidungsvorschläge für ein Gesamtkonzept „Entwicklung der Polizeiorganisation bis zum Jahre 2015“ zu erarbeiten. Dieser Bericht der AG POG ist übrigens nach wie vor im Intranet der Polizei eingestellt und kann dort heruntergeladen werden.

An der zuvor beschriebenen Historie der Organisation erkennen wir, dass seit 2001 sehr viele Vorarbeiten erledigt wurden, insbesondere durch die AG 2000plus neu und die AG POG. Daher teilen wir die Auffassung von Innenminister Toscani, dass auf dem Weg zur Fortentwicklung der Organisation nicht nochmals aufwendig Daten erfasst werden müssen. Alle Daten und Fakten liegen auf dem Tisch, sie müssen eventuell aktualisiert werden, mehr nicht. Daher ist der von Innenminister Toscani vorgelegte Zeitplan keinesfalls zu eng gestrickt.

Auch politisch ist Bewegung in eine Organisationsentwicklung gekommen. So gab es am 19. 5. 2010 eine Landtagssitzung, in der über die Zukunft der Polizei beraten und diskutiert wurde. Es galt über zwei Anträge abzustimmen, den der SPD und den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Grüne.

**SPD-Antrag (Auszug)**

„Die Einstellungspolitik seit dem Jahre 2005, insbesondere aber auch im Jahre 2010 infolge des aktuellen Haushaltes, führen – entgegen ständiger politischer Bekundungen der Regierungsparteien – tatsächlich zu einem Abbau an Polizei.“

Die auf der Polizeistrukturreform aus dem Jahre 2000 basierende Zahl an aktiven Polizeibeamtinnen und -beamten von 2900 ist bereits deutlich unterschritten. Mittelfristig steuern wir auf eine Zahl von unter 2700 Kräften hin.

Die letzte Polizeistrukturreform aus dem Jahre 2000 hat die Organisation verändert. Zusätzliche Overheadbereiche wurden geschaffen. Die entsprechenden und grundlegenden Personalvoraussetzungen wurden nie vollzogen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

- sich für eine zügige Umsetzung einer neuen Strukturreform unter Beteili-

gung der Organisation einzusetzen, die der Polizei im Saarland über einen längeren Zeitraum einen klaren Planungshorizont gibt,

- dabei unter den gegebenen Voraussetzungen eine feste Zielgröße an aktiven Beamtinnen und Beamten im Dienst festzusetzen. Diese Zielgröße sollte nicht unter einer Größe von 2700 Beamtinnen und Beamten liegen und damit der Organisation eine ausreichende und langfristige Sicherheit geben.“

**CDU-Antrag (Auszug)**

„Durch das altersbedingte Ausscheiden starker Einstellungsjahrgänge kommt die katastrophale Personalpolitik der früheren SPD-Landesregierung inzwischen verschärft zum Tragen. Im Alterssegment zwischen Ende 30 und Ende 40 fehlt unserer Polizei deshalb nahezu eine komplette Polizeigeneration. Seit 1999 hat das Land deutlich mehr Polizisten eingestellt als in Ruhestand gegangen sind. Das Problem konnte so gelindert werden; gleichwohl kann diese enorme Lücke nachträglich nicht vollständig geschlossen werden. Die verfehlte Politik der früheren SPD-Regierung wirkt auch hier im schlimmsten Sinn des Wortes nachhaltig.“

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

- der saarländischen Polizei für das kommenden Jahrzehnt Planungs- und Entwicklungssicherheit zu geben,
- die Organisation der Polizei zu evaluieren und fortzuentwickeln.

Der Landtag begrüßt dazu die Initiative des Ministeriums für Inneres und Europaangelegenheiten, bis zum Ende dieses Jahres durch eine Expertenkommission umfassende Vorschläge erarbeiten zu lassen, die den vielfältigen Veränderungsbedarfen Rechnung tragen. Darüber hinaus begrüßt der Landtag, dass die Polizeiorganisation bei dem Prozess mit eingebunden wird.

Leitlinien hierfür sollen die Erhaltung der Polizeipräsenz in der Fläche und ein bedarfsorientierter Personaleinsatz in den Dienststellen sein. Die Einstellungen sollen sich an den Ruhestandsversetzungen, dem Aufgabenzuwachs und der demografischen Entwicklung orientieren. Zudem ist darauf hinzuwirken, dass die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient genutzt werden.“

Der gemeinsame Antrag von CDU, FDP und Grüne fand im Landtag die erforderliche Mehrheit.

Innenminister Toscani hat durch den Beschluss des saarländischen Landtags auch politisch vom „Souverän“ den Auftrag erhalten, eine Organisationsreform anzupacken. Der Einrichtung der sogenannten Expertenkommission steht nun nichts mehr im Weg.

Die Organisationsentwicklung wird sicherlich bis Ende des Jahres das Megathema bleiben. Getreu dem Motto der Fußballer „bleiben wir am Ball“ und werden euch über die weiteren Entwicklungen sowohl in Deutsche Polizei, als auch über unsere Homepage [www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de) informieren.

Dirk Schnubel



# Entwarnung oder latente Gefahr?

Der Neunkircher Eric Breining, der offenbar Verbindungen zur Sauerland-Gruppe hatte, soll Ende April 2010 in der Nähe der pakistanischen Stadt Mir Ali bei Gefechten getötet worden sein. Hat sich vor diesem Hintergrund die Gefahr von terroristischen Anschlägen minimiert? Unsere Fragen zur aktuellen terroristischen Bedrohungslage beantwortete uns der Leiter des saarländischen Verfassungsschutzes, Herr Dr. Helmut Albert.

**Redaktion:** Im vergangenen Jahr erschien im Internet eine Vielzahl von Videos, in denen al-Qaida und mit ihr verbündete Organisationen Deutschland mit Anschlägen drohten, falls bei der Bundestagswahl keine Regierung gewählt würde, die den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan beendet. Frau Merkel ist immer noch Bundeskanzlerin, die Bundeswehr ist immer noch in Afghanistan. Geschehen ist nichts. Waren das alles nur leere Drohungen? Können wir jetzt Entwarnung geben?

**Albert:** Keineswegs. Richtig ist zwar, dass die Sicherheitsbehörden in Deutschland keine konkreten Erkenntnisse darüber haben, dass aktuell in Deutschland ein Anschlag vorbereitet wird. Dennoch darf man nicht verkennen, dass sich Deutschland weiter im Zielspektrum islamistischer Terroristen befindet. Letztlich können wir nicht sagen, ob es sich bei den Drohvideos im vergangenen Jahr nur um den Versuch gehandelt hat, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, oder ob die gemeinsamen Anstrengungen aller Sicherheitsbehörden in Deutschland, die vor und nach der Bundestagswahl 2009 Herausragendes geleistet haben, einen Anschlag verhindert haben. Wie auch immer: Diese Videos wirken weiter; sie liefern Begründungen und Motive für künftige Attentäter, die sich zum Handeln aufgerufen fühlen, weil al-Qaida – aus welchen Gründen auch immer – seine Drohungen nicht wahr gemacht hat.

**Redaktion:** Dann sind von al-Qaida inspirierte Islamisten letztlich gefährlicher als die Organisation selbst?

**Albert:** Das ist richtig. Nach meiner Einschätzung hat al-Qaida in der Folge des zweiten Afghanistan-Krieges und ihrer Vertreibung aus Afghanistan sowie der Verhaftung oder Tötung vieler Führungsleute ihre Operationsfähigkeit weitgehend verloren. Die Gefährlichkeit der Organisation besteht heute mehr in ihrer Ideologie, die sie über Internet ver-

breitet. Dadurch fühlen sich hier lebende Islamisten aufgerufen, entweder nach Afghanistan oder Tschetschenien in den „Jihad“ zu ziehen oder den Kampf gegen die angeblich dem Islam feindlich gesonnene westliche Welt gleich hier aufzunehmen.

**Redaktion:** Wie könnte ein solcher Anschlag in Deutschland aussehen?

**Albert:** Die hier aufgewachsenen und lebenden Akteure verfügen weder über professionelles Know-how noch über die notwendigen Hilfsmittel für einen Anschlag von einer Größenordnung, zu der al-Qaida bis 2001 fähig war. Kennzeichen des sogenannten „home-grown-terrorism“ sind eher Anschläge kleinerer



Dr. Helmut Albert

und mittlerer Dimension. Zurückgegriffen wird auf herkömmlichen Sprengstoff oder Selbstlaborate, die aus handelsüblichen Materialien hergestellt werden. Die mögliche Palette solcher Anschläge reicht von der einfachen Rohrbombe über den sprengstoffgefüllten Rucksack, den ein Selbstmordattentäter mit sich führt, bis zu einem Anschlag mittels eines mit Sprengstoff gefüllten Fahrzeugs, wie ihn die Täter der sogenannten Sauerland-Gruppe planten. Sollte ein Anschlag durch eine Terrorgruppe aus dem Ausland geplant werden, so halte ich auch das „Mumbai-Szenario“ für denkbar.

**Redaktion:** Ist ein Anschlag durch infanteristisch bewaffnete Attentäter, wie er 2008 in Mumbai verübt wurde, nicht ein reines „Dritte-Welt-Szenario“?

**Albert:** Nein, auch wenn Angriffe mit Schusswaffen und Handgranaten bislang vor allem in Indien, Pakistan und Afghanistan durchgeführt wurden, halte ich ein derartiges Vorgehen auch in Europa für denkbar. Ortskundige, hier aufgewachsene und unserer Sprache mächtige Terroristen, die eine infanteristische Ausbildung erhalten und Kampferfahrung gewonnen haben, gibt es in Pakistan und Afghanistan zur Genüge. Es dürfte nicht allzu schwer sein, solche Personen und die für einen Anschlag notwendige Bewaffnung auf dem Landweg nach Deutschland zu bringen. Dann könnten wenige Terroristen, die öffentliche Gebäude, Banken und Hotels angreifen, um sich anschließend dort zu verschanzen, erheblichen Schaden anrichten und für ein riesiges Medienecho sorgen. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe für die Sicherheitsbehörden, die Rückkehr von Islamisten aus Terrorlagern zu erkennen und möglichst schon die Ausreise mit dem Ziel, dort eine Ausbildung zu absolvieren, zu verhindern.

**Redaktion:** Im Zusammenhang mit der Festnahme der sogenannten Sauerland-Gruppe mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich auch im Saarland eine terroristische Struktur gebildet hatte. Sind wir hier im Saarland deshalb besonders gefährdet?

**Albert:** Nein. Ich gehe davon aus, dass eine Gefahr vor allem in den Ballungsräumen besteht und für Orte, an denen US-Streitkräfte stationiert sind. Beide Kriterien treffen auf das Saarland nicht zu.

**Redaktion:** Was kann man präventiv gegen diese Gefährdung tun?

**Albert:** Zum Einen werden die Sicherheitsbehörden weiterhin alles daran setzen, terroristische Netzwerke und Einzeltäter zu erkennen, bevor diese ihre Anschlagpläne in die Tat umsetzen können. Für ganz entscheidend halte ich es, dass es uns gelingt, die muslimische Gemeinschaft in Deutschland zur Mithilfe zu gewinnen. Dabei geht es mir weniger darum, Hinweise auf Einzelpersonen zu erhalten, die sich in einem gefährlichen Maße radikalisiert haben. Dies ist zwar auch wichtig, aber viel entscheidender ist, dass die islamischen Autoritäten in den Moscheegemeinden ganz deutlich machen, dass die Ideologie von al-Qaida und ähnlichen Organisationen mit der Religion des Islam nichts zu tun hat: Islamismus –



**TERRORISMUS**

vor allem in seiner gewalttätigen Variante des „Jihadismus“ – ist eine politische Perverterung der Religion. Nur wenn die islamischen Autoritäten hieran keinen Zweifel aufkommen lassen, wird es gelingen, ein Gegengewicht zu den Propagandavideos der Terrorgruppen zu bilden und Jugendliche von einer gefährlichen Ideologie fernzuhalten.

Wir müssen den in Deutschland lebenden Muslimen mehr als bisher Perspektiven sowie gesellschaftliche und politische Beteiligungsmöglichkeiten einräumen. Die vom damaligen Bundesinnenminister Schäuble initiierte Islamkonferenz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wenn es uns gelingt, die 4,5 Millionen Muslime in Deutschland für unser Rechts- und Gesellschaftssystem zu begeistern und ihnen deutlich bessere Chancen zu eröffnen, wird dies das Interesse an der politischen Ideologie des Islamismus deutlich reduzieren. Es gilt auch hier der Grundsatz: Eine gute Integrations- und Sozialpolitik ist der wichtigste Eckpfeiler der Kriminalitätsverhütung!

**ARBEITSSICHERHEIT**

**Krank durch Elektromog?**

Elektromagnetische Feldstrahlung aus unterschiedlichen Quellen, wie Mobilfunk oder Haushaltsgeräten, wird von einer immer weiter ansteigenden Anzahl von Menschen als Ursache für Gesundheitsbeeinträchtigungen, die von Kopfschmerzen bis hin zu neurologischen Störungen gehen können, verantwortlich gemacht. Bisher konnte ein solcher Zusammenhang durch wissenschaftliche Studien nicht zweifelsfrei belegt werden.

In einem Provokationsexperiment, an dem sowohl Personen mit einer „elektromagnetischen Hypersensibilität“ als auch Personen, die nicht unter dem sogenannten Elektromog litten, teilnahmen, konnte bewiesen werden, dass ein direkter Bezug von elektromagnetischer Feldstrahlung zu den angegebenen Symptomen nicht gegeben ist. Vielmehr führte die subjektive Erwartungshaltung einzelner Teilnehmer zu Gesundheitsbeein-

trächtigungen, obwohl sie keiner Strahlung ausgesetzt waren.

Der Forschungsbericht F5212 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin BAuA wurde jetzt veröffentlicht.

Näheres ist in den amtlichen Mitteilungen der BAuA Nr 1–10 nachzulesen unter:

<http://www.baua.de/cae/servlet/contentblob/939018/publicationFile/60378/ba1-10.pdf>

Ralf Walz, Fachkraft für Arbeitssicherheit

E-Mail: [rwalz@land.slpol.de](mailto:rwalz@land.slpol.de)  
TKSoNe-Pol: 763 4008

Anzeige

**SUPER-RABATTE FÜR GdP-MITGLIEDER:**



**TWINGO 21%**



**CLIO 23%**



**MODUS 20%**



**KANGOO 23%**



**MEGANE 22%**



**MEGANE KOMBI 23%**



**SCENIC 22%**



**GRAND SCENIC 23%**



**KOLEOS 20%**



**LAGUNA 25%**



**ESPACE 24%**



**TRAFIC 22%**

Die Sondernachlässe sind für alle Mitglieder der GdP gültig, bei Vermittlung über das Polizeisozialwerk.

**AUTOHAUS bellemann**

Tullastraße 2 · 67346 Speyer  
Telefon 0 62 32/64 90-0 · Fax 0 62 32/4 02 43  
[www.bellemann.de](http://www.bellemann.de)

In Zusammenarbeit mit dem PSW



# Ein Hauch von „Aspen“ im Saarland

Auch wenn bei dem Wort „Aspen“ das Herz eines manchen Skifreundes zu hüpfen beginnt, muss ich diesen leider enttäuschen. Hier ist nicht eine der populärsten Wintersportorte der Vereinigten Staaten in Colorado, ca. 200 km südwestlich von Denver, gemeint, sondern ein umwelt- und gesundheitsschonendes Spezialbenzin für Zweitaktmotoren. „Aspen“ ist ein Kraftstoff, der mit 2% vollsynthetischem Öl gemischt, im Zweitaktbereich für Motorsägen Verwendung findet. Es war mal wieder soweit! Ein Jahr nach dem letzten Motorsägenlehrgang vermehrten sich die Nachfragen zur erneuten Durchführung eines solchen Lehrgangs. Hierdurch ermuntert, entschloss sich die Kreisgruppe Saarbrücken-Land auch im Jahr 2010 Lehrgänge zum Erwerb des „Motorsägenführerscheins“ zu organisieren. Wie mittlerweile hinlänglich bekannt ist, gibt der SaarForst seit dem 1. Januar 2009 nur noch dann Brennholz an Privatpersonen ab, wenn der Nachweis über einen absolvierten zweitägigen Motorsägenlehrgang geführt werden kann. Dieser „Motorsägenführerschein“ muss bescheinigen, dass die Ausbildungsinhalte des Moduls 1 (Grundkenntnisse: Aufbau und Funktion der Motorsäge, Betriebsstoffe, Pflege und Wartung, Handhabung, persönliche Schutzausrüstung) und des Moduls 2 (Sägen am liegenden Holz, einschließlich der Bearbeitung von Holz in Spannung) gemäß der GUV-I 8624 (Gesetzliche Un-

fallversicherung) vermittelt worden sind. So fanden dann im März und April die notwendigen theoretischen und praktischen Unterweisungen statt. Bei den drei durchgeführten praktischen Teilen war dann die „saubere saarländische Luft“ über einen gewissen Zeitraum mit einem Hauch von „Aspen“ durchtränkt. Ein „Duft“, der die Herzen von „Holzhackerbäum und Motorsägenfreaks“ höher schlagen lässt. Über 50 Kollegen erhielten nach der praktischen Bewährung ihre „Motorsägenführerscheine“. Diese „Führerscheine“ sind im Gegensatz zu anderen Führerscheinen weder auf PS (KW)

Die Sägeketten unterscheiden sich in ihrer Teilung, Treibgliedbreite und Länge. Die Teilung ist der Abstand der Treibglieder. Dieser Abstand wird in Zoll angegeben. Die häufigsten Teilungen sind 3/8 und 325. Die Treibgliedbreite ist die Dicke des Treibgliedes. Geläufige Treibgliedbreiten sind 1,1; 1,3; 1,5 und 1,6 mm. Das Treibglied ist das Teil der Kette, welches sich in der Nut des Schwertes bewegt. Die Länge der Kette ergibt sich aus der Anzahl der Treibglieder, nicht der Schneidglieder. Der Typ einer Sägekette wird z. B. folgendermaßen angegeben: 3/8 - 1,5 - 52. Dies bedeu-

3/8 Picco Teilung	anfangs 4.5 mm, ab ca. der Mitte dann 4.0 mm
325 Teilung	anfangs 4.8 mm, ab ca. der Mitte dann 4.5 mm
3/8 Teilung	anfangs 5.5 mm, ab ca. der Mitte dann 4.8 mm
404 Teilung	generell mit 5.5 mm, evtl. ab dem letzten Drittel 4.8 mm

begrenzt noch auf Probe erteilt. Man kann also jetzt liegendes Holz „zertifiziert“ auf das gewünschte Maß zersägen. Damit dies aber mit wenig Kraftaufwand erfolgen kann, sollte immer eine „scharfe“ Motorsägenkette auf dem Schwert aufgezogen sein. Nachfolgend insbesondere für die Teilnehmer der Motorsägenlehrgänge 2009 noch folgende Infos zu den Sägeketten.

tet, dass die Sägekette eine Teilung von 3/8, eine Treibgliedbreite von 1,5 mm und eine Treibgliederanzahl von 52 hat. Die Sägekettenbezeichnung findet man meist auf dem Schwert oder auf der Verkaufsverpackung der Sägekette. Um eine gebrauchte Sägekette zu schärfen, sollte man die in der Tabelle dargestellten Feilengrößen beachten.

*Markus Summa*

## BEREITSCHAFTSPOLIZEI/SEE

# Una fortissimus – gemeinsam stärker!

Am Donnerstag, dem 6. 5. 2010, verlastete die Einsatzhundertschaft der Abteilung Bereitschaftspolizei, unterstützt durch einen Einsatzzug der SEE, nach Frankreich zu einer Vollübung geschlossener Polizeieinheiten auf einem stillgelegten Militärflughafen in Toul-Rosières. Anlass für die Übung war eine Initiative der französischen C.R.S (Compagnies Republicaines de Securite) nach den Erfahrungen von Großveranstaltungen in Grenzregionen, wie dem Nato-Gipfel 2009 in Straßburg. Übungsziel war das Zusammenwirken von geschlossenen

französischen und deutschen Polizeieinheiten grenzübergreifend darzustellen. Als Übungsszenario wurden zeitgleiche Proteste in Frankreich und Deutschland gegen die Nutzung der Nukleartechnik angenommen. Bei den Aktionen kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen der Demonstrationsteilnehmer.

Außergewöhnlich waren gleich mehrere Faktoren:

Schon bei der Anreise der kompletten Einsatzhundertschaft in einer Polizeikolonnen mit über 30 Einsatzfahrzeugen zeigte sich die französische Gastfreund-

schaft von ihrer besonderen Seite. Eine Motorradstaffel der C.R.S eskortierte die deutschen Übungskräfte, unter Sperrung und Freihaltung der gesamten Fahrstrecke, vom Grenzübergang Goldene Bremm bis zum Übungsgelände in Toul-Rosières und zurück.

Die Begrüßungszeremonie beim Anreten der Einsatzkräfte wurde von dem „L' Orchestre d' Harmonie de la Musique de la Police National“ begleitet. Daneben konnten hochrangige Vertreter aus Polizei und Politik den Verlauf der Übung beobachten. Neben Innenminis-



BEREITSCHAFTSPOLIZEI/SEE

KG NEUNKIRCHEN



Die französischen und saarländischen Einsatzkräfte

Foto: Bedo-Trupp

ter Stephan Toscani, Abteilungsleiter Wolfgang Klein, Dir. LPD Paul Haben und PD Michael Engelbert waren zahlreiche Führungskräfte aus der Polizei des Saarlandes dabei. Auf französischer Seite wurden M. Hubert Weigel, Directeur Zonale der C.R.S., M. Gilles Galliot, Commissionnaire Divisionaire der C.R.S., M. Rémy Heitz, Staatsanwalt von Metz, M. Philippe Vignes, Prefekt von Metz, M. General Vanderperre, Gendarmerie und von der Luftwaffe BA 136 Oberst M. Colonel Obigny begrüßt.

Die Größenordnung der Übung umfasste einen Rahmen von rund 430 Übungskräften. Auf Seite der C.R.S. waren dies zwei Kompanien mit 180 Einsatzbeamten und 130 Störern. Auf deutscher Seite waren insgesamt 80 Beamte der Einsatzhundertschaft (TEE, Bedo, BFE und ein taktischer Einsatzzug), sowie 51 Beamte der SEE inklusive Störergemeinschaft einbezogen. Zusätzlich fungierten mehrere sprachkundige Kollegen für die Übungskräfte und die Gäste als Dolmetscher.

Neben den technischen Einsatzmitteln beider Polizeieinheiten wie Sonderwagen, Wasserwerfer, Lautsprecherkraftwagen... waren mehrere Helikopter zum Verlasten der C.R.S. beidseits der angenommenen Staatsgrenzen im Einsatz.

Der Übungsabschluss gestaltete sich weniger als „Verpflegung der Einsatzkräfte“, sondern mehr als vorzügliche Bewirtung von Gästen im benachbarten Frankreich in festlicher Stimmung mit allem, was dazu gehört.

Innenminister Toscani bezeichnete die Übung als Pionierarbeit bei der interna-

tionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei aus Frankreich und Deutschland und bedankte sich bei Organisatoren und Übungskräften.

Aus meiner persönlichen Sicht hat die praktische Zusammenarbeit der geschlossenen Polizeieinheiten trotz unterschiedlicher Ausrüstung, Einsatztaktik, Sprache, Technik, Ausbildung und Kultur gut funktioniert. In der realen Welt sehe ich den Pioniergeist, der notwendig ist, um Wege zu bahnen, wo heute noch keine Wege sind. **Bruno Leinenbach**

Am 12. Mai 2010 vollendete Rudi Bechtel seinen 75. Geburtstag, wozu die Gewerkschaft der Polizei – Kreisgruppe Neunkirchen – recht herzlich gratulierte.

Rudi Bechtel trat am 1. April 1955 in das damalige Saarbataillon ein. Nach seiner Ausbildung wechselte er 1956 zum Fernmeldedienst bis zu seinem Wechsel 1963 zur Gendarmerie Ottweiler. 1975 kam er zum Ermittlungsdienst nach Landsweiler. Im weiteren Verlauf verrichtete er Dienst beim PPost Schiffwei-



Rudi Bechtel (li.) und Armin Jäckle

ler und letztendlich drei Jahre beim Kriminal-Dienst in Neunkirchen.

Rudi Bechtel war von Beginn an seiner Dienstzeit Gewerkschaftsmitglied. Von 1982 bis 1994 war er Personalratsvorsitzender der PI-Neunkirchen und stellvertretender Kreisgruppenvorsitzender.

Wir wünschen Rudi Bechtel weiterhin alles Gute und viel Gesundheit.

**Armin Jäckle, Seniorenvertreter**

Anzeige

**Wien** **Mondial**  
**Sozialwerk der GdP-Saarland**  
**Hotline: 0681 - 841240**

**Wien – Stadt meiner Träume**



**Wien für Anfänger**

- 2 Übernachtungen im DZ im Senator Hotel\*\*\*
- 2 x reichhaltiges Buffetfrühstück
- 1 x Fahrt mit dem Wiener Riesenrad
- 1 x „Rundfahrt“ mit der Vienna Ring-Tram

pro Person ab € 98,-

gültig: 17.-19.2010, 15.-17. & 19.-21.2010; Aufpreis EUR 4,-  
 Hotel-Code: WNTSEE DZ; Riesenrad-Code: WRIESE  
 TRAM-Code: WTRING1



# Erster konstruktiver Meinungsaustausch

Gut zwei Stunden trafen sich am 14. Mai 2010 die Vorsitzenden der öD-Gewerkschaften im Saarland, Alfred Staudt (ver.di), Peter Balnis (GEW) und Hugo Müller (GdP), sowie der DGB-Landesvorsitzende, Eugen Roth, mit dem Minister und dem Staatssekretär für Inneres und Europaangelegenheiten, Stephan Toscani und Georg Jungmann, zu einem ersten Meinungsaustausch über die Gesamtsituation im öffentlichen Dienst des Saarlandes.

Neben aktuellen Fragestellungen, wie etwa den wiederholten öffentlichen Angriffen der Wirtschaftsverbände auf den öffentlichen Dienst (dort gab es gemeinsamen Konsens, dass die Realisierung dieser Forderungen die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Lande mehr als gefährden würde), war vor allem zu klären, ob und wie die seit Sommer 2009 unterbrochenen Gespräche zur Umsetzung der Föderalismusreform wieder aufgenommen werden könnten. In großer Übereinstimmung und Einigkeit wurde verabredet, die Verhandlungen in ergebnisoffener und konstruktiver Form Anfang Juni 2010 wieder aufzunehmen. Erster Arbeitsschritt wird hierbei die



Die Gesprächsrunde im Innenministerium

Foto: DGB

Neugestaltung des Laufbahnrechts sein. Minister Toscani machte insgesamt das ausdrückliche Angebot, die Gewerkschaften des DGB an der Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes im Grundsätzlichen wie Speziellen zu beteiligen.

Schließlich standen die bevorstehenden Verhandlungen der Tarifrunde 2011 sowie die hiermit in Zusammenhang stehenden Besoldungs- und Versorgungsanpassungen auf unserer Tagesordnung.

Der Landesvorstand

## HAUSHALT 2010

### Veränderungen erreicht!

Getreu der Devise „GdP bewegt“ hatte die GdP-Delegation, die mit den Landtagsfraktionen Haushaltsgespräche für das laufende Jahr geführt hatte (wir berichteten), Verbesserungen in der Stellenplanstruktur gefordert. Unsere Ansprache war auf zwei Bedarfe begründet. Zum einen gilt es (immer noch) den Dienstpostenbewertungsergebnissen gerecht zu werden und notwendige Hebungen nach A 12 und nach A 13 vorzunehmen. Zum anderen ist die Zusage hinsichtlich der Beförderungen mindestens aller überdurchschnittlich Beurteilten in dieser „Beurteilungsperiode“ nur mit Schaffung der Voraussetzungen im Stellenplan zu realisieren. Unser Einsatz hat sich gelohnt. Es konnten gegenüber dem vorgelegten Entwurf folgende Hebungen im Haushalt 2010 erreicht werden:

A 16 +2, A 15 +1, A 13 h. D. +1, A 13 g. D. +5, A 12 +10, A 11 +22!

Der 1. 10. 2010 kann kommen!

GdP bewegt! **Reinhold Schmitt**

## ZULAGENWESEN

### Unsere Arbeit ist mehr wert! Wie geht es weiter?

Nachdem der Landesdelegiertentag der GdP nun hinter uns liegt und wir dort durch die Delegierten eine Verhandlungsoption bei der Neugestaltung des Themas Zulagen erhalten haben, wollen wir nun gemeinsam den nächsten Schritt gehen.

Hierzu wollen die Verantwortlichen im Landesvorstand, Ralf Porzel und Wolfgang Schäfer alle GdP-Kreisgruppen besuchen, um von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort konkrete Veränderungs-/Verbesserungsvorschläge zu erfahren. In diesem Zusammenhang ist es für uns von besonderer Bedeutung, nochmals eine basisorientierte Einschätzung der Veränderungsmöglichkeiten zu dem Thema Zulagen zu erhalten.

Auf der Grundlage der Veranstaltungen sollten wir dann der in Lage sein, „sprachfähig“ (Was wollen wir denn überhaupt?) gegenüber unseren Ansprechpartnern zu sein. Auch wollen wir über die weiteren Veränderungen bei

den Zulagen, z. B. in Bayern, berichten und unsere jüngsten Aktivitäten erläutern.

Die jeweiligen Kreisgruppenvorsitzenden werden die Veranstaltungstermine rechtzeitig bekannt geben.

Wir würden uns sehr freuen, wenn recht viele Kolleginnen und Kollegen mit uns diskutieren und vor allem ihre Ideen und Vorstellungen einbringen. Sie werden die Grundlagen der GdP-Forderungslinie sein.

Wolfgang Schäfer

